

## Schlechtes Vorbild

Kultusminister: „Kein Spielraum für Antisemitismus“, FR-Region vom 21.2.

In seinem FR-Interview betont der neue hessische Kultusminister Armin Schwarz, wie unglaublich wichtig ihm die Wertevermittlung in der Schule und die Demokratiebildung sei, gerade mit Blick auf den Antisemitismus. Werte werden aber nicht vermittelt durch Reden, sondern durch Taten und gute Vorbilder. Gleich im nächsten Absatz schildert der Minister, dass er am 10. Oktober 2023 auf dem Weg zu seinem Büro in Berlin war. Ganz in der Nähe des Holocaust-Mahnmals sei ihm eine „Horde junger Männer“ entgegengekommen, die Palästinaflaggen schwenkten und zerrissene Israelfahnen dabei hatte. Und was macht der damalige MdB? Gar nichts. Er spricht die jungen Männer nicht an. Er interveniert nicht. Er zeigt nicht selbst Flagge und Zivilcourage. Er ruft nicht einmal die Polizei. Für die von ihm eingeforderte Wertevermittlung war Armin Schwarz in diesem Fall ein grottenschlechtes Vorbild. Hans Schinke, Offenbach



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Schlechte Mobilität

Zu: „Sparfahrplan für Frankfurt tritt in Kraft“, FR-Region vom 24. Januar

In den durchlaufenden Informationen der U-Bahnlinien 6/7 wird der Begriff „Fahrplananpassungen“ verwendet. Es handelt sich m.E. um Ausdünnen der Fahrpläne mit massiven Auswirkungen auf die Fahrzeiten. Bei Baumaßnahmen kam es im vergangenen Jahr trotz Umstellung auf einen Zehn-Minuten-Abstand zu Ausfällen. Dies bedeutete bei Umstiegen eine Verlängerung der Fahrzeiten. Für eine Großstadt wie Frankfurt sowie für in der Mobilität eingeschränkte Personen finde ich es blamabel, auf einen 15-Minuten-Takt umzustellen. Gute Anschlussmöglichkeiten und ein enger Takt der Verkehrsmittel sind unabdingbar. Dafür braucht es keine Mangelverwaltung, sondern es muss mehr Geld in die Hand genommen werden. Das gilt vor allem für ausreichendes Personal!

Angelika Thomsen, Frankfurt

## Vorrang für alles Grüne

Zu: „Haus der Demokratie gewünscht“, FR-Region vom 2. Februar

So wichtig das Haus der Demokratie ist, so fatal wäre es, die Platanen anzurühren. Nicht eine einzige sollte fallen! Wo leben wir denn? Geht hier immer noch Bau vor Grün? Der Platz ist einer der wenigen in Frankfurt, der gut angenommen und immer wieder gebraucht wird für Veranstaltungen aller Art.

Ute Wittich, Frankfurt

## Das Gedenken steht im Vordergrund

KZ-Gedenkstätte: „Kulturausschuss fährt nach Krakau“ - mit Teilnehmern von der AfD, FR-Region vom 3. Februar

### Ein angemessenes Bild vom ganzen Grauen

Ich frage mich, ob es überhaupt etwas Sinnvolleres gibt, als einen gemeinsamen Besuch in Auschwitz, abseits von, auch möglicherweise diffusen Buchwissen und Parolen! Auschwitz spricht für sich selbst. Sinnvollerweise braucht man ausreichend Zeit, um neben Auschwitz-Birkenau auch zumindest das ehemalige Stammlager in der Stadt mit engem Zusammenhang und sich ein angemesseneres Bild vom ganzen Grauen zu machen. Hubert Pfeifer, Frankfurt

### Unwürdigen Positionen kann man entgegentreten

105 453 war die Auschwitz-Nummer meines Vaters (Jahrgang 1928), 105 454 die meines Opas. Beide wurden im August 1944 aus Warszawa von der SS verschleppt, sie waren nur durchgangsweise in Auschwitz. Mein Opa wurde im Februar 1945 in Melk an der Donau durch Zwangsarbeit ermordet. Mein Vater am 6. Mai 1945 in Ebensee von der US-Armee be-

freit. Wenn ich zu den für unsere Familie wichtigen Gedenkstätten in Mauthausen, Melk oder Ebensee fahre, mache ich mir keine Gedanken darüber, wer da eventuell noch mit dabeisteht. Sollte irgendjemand dort unflätige Gedanken äußern, würde ich ihm energisch entgegentreten. Das Gedenken ist mir wichtig, ich bin bei meinem Opa.

Den meisten Politikern scheint es aber um anderes zu gehen: Aufmerksamkeit und Öffentlichkeitswirksamkeit. Sonst würden sie nicht laut in der Welt herumposaunen, was ihnen bei einer Reise zu einer Gedenkstätte nicht passt (z.B. das rechte Parlamentskollegen mitfahren). Sie würden ernst der Sache gedenken und unwürdigen Worten entgegentreten. Tun sie aber oft nicht, z.B. wegen einer Partei-Raison. Das macht mich traurig und sprachlos – sie meinen es nicht wirklich ernst. Deshalb verbindet mich kaum etwas mit ihnen.

Ach ja: In Auschwitz, Mauthausen und Melk war nur der väterliche Teil meiner Familie. Mütterlicherseits saßen mehrere Verwandte im Zuchthaus Lim-

burg-Diez, im Moor und in Dachau, einer wurde bei Madrid von deutschen Bombern ermordet. Sie waren alle Kommunisten. Über sie redet leider kaum jemand. Sie haben keinen Gedenktag. Niemand hat sich entschuldigt. Waren eben nur Kommunisten, und die KPD ist ja noch immer verboten!

Mario Gesiarz, Frankfurt

### Etwas mehr Phantasie bitte im Kampf gegen rechts

Im Zuge der persönlichen Fortbildung wäre ein Besuch der KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau jedem AfD-Mitglied sicher dringend zu empfehlen. Andererseits: Auch ich würde auf eine solche Reisebegleitung „dankend“ verzichten. Also, liebe Mitglieder des Kulturausschusses, die ihr nicht der AfD angehört: Was hätte Sie gehindert, diese Reise „notfalls“ als Frankfurter KommunalpolitikerInnen gemeinsam partei-, fraktions- und gruppenübergreifend – nur halt ohne AfD-Mitglieder – zu organisieren? Soll der Kampf „gegen rechts“ schon an derart niedrigen Hürden scheitern? Dietmar Jürgens, Gießen

## Die Regierung hält ihr Versprechen nicht

Zu: „Hohe Hürden für Familiennachzug aus Afghanistan“, FR-Region vom 24. Januar

### Es entsteht ein Eindruck gewollter Verzögerung

Es ist zum Fremdschämen! Unsere Politik und unsere Behörden brechen gemeinsam das Versprechen, das Frau Baerbock im Dezember 21 gab: „Wir werden bürokratische Hürden abbauen, um die Aufnahme und die Einreise für besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen zu erleichtern. (...) Viele Menschen leben in täglicher Angst. Besonders jene, die mit uns für eine bessere Zukunft Afghanistans gearbeitet, daran geglaubt und sie gelebt haben. Am schwersten ist die Lage für die Mädchen und Frauen. Gegenüber diesen Menschen haben wir eine Verantwortung, und wir werden sie nicht im Stich lassen.“

So ihr Statement. Mehr als zwei Jahre später leben immer noch Zehntausende gefährdeter

Menschen im Untergrund. Teilweise noch in Afghanistan, teilweise nach Pakistan geflohen, von wo sie seit Ende letzten Jahres nach Afghanistan in ein ungewisses Schicksal zurückgeschickt werden. Viele Afghanen, die uns als Ortskräfte unterstützt haben und nun verfolgt werden, hoffen noch immer, dass die Bundesregierung ihr Versprechen einhält. Es entsteht der Eindruck, dass die Regierung, sekundiert von den zuständigen Behörden (wobei mir nicht klar ist, wer ist Henne und wer Ei), die Abwicklung bewusst verschleppen. Wahrscheinlich hofft man, dass sich das eine oder andere Ersuchen, so wie bei dem aktuell bekannt gewordenen Selbstmord einer verzweifelten Frau, „von selbst erledigt“. Es ist zum Verzweifeln, wie die Regierung aus lauter Angst vor der „Ausländer-raus“-Politik von AfD

und Teilen von CDU/CSU kuscht und ihre eigenen Zusagen und Werte verrät. Leider herrscht aber auch im Regierungslager keine Einigkeit. Speziell die FDP will am liebsten nur noch Fachkräfte ins Land lassen, die hier dringend gebraucht werden. Wortbruch ist hoffähig. Siehe auch Klimageld.

Dieter Murmann, Dietzenbach

### Warum wird bei Anträgen nicht geholfen?

Das Regierungspräsidium Gießen macht es sich sehr einfach, wenn es unvollständig ausgefüllte Anträge für erledigt erklärt, denn erledigt sind sie ja nun wirklich nicht. Das RP könnte z.B. auf die Idee kommen, bei den Anträgen zu helfen. Das wäre allerdings sehr unbürokratisch und etwas ganz Neues.

Fritz Brehm, Frankfurt

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20240226](http://frblog.de/f20240226)

### FR ERLEBEN

**Claus-Jürgen Göpfert** präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt!“. Mit Jürgen Hinzer, Ex-Bundesstreikbeauftragter der Gewerkschaft NGG.  
**Dienstag, 27. Februar 2024, 18 Uhr**  
**Münzenberg-Forum**  
**Franz-Mehring-Platz 1, Berlin**

**Lutz „Bronski“ Büge** liest aus seinem neuen Roman „Dein Würstsalat kann warten oder Die kalte Erika“, einem Offenbach-Krimi, der im September 2024 erscheint, und stellt seine früheren Romane vor.  
**Samstag, 20. April, 15 Uhr**  
**Rathauspavillon, Platz der Deutschen Einheit 7, Offenbach**

## Diese Tat war ein versuchter Femizid

Zu: „Frau in Ober-Ramstadt mit Axt attackiert“, FR-Region vom 16. Februar

Mit Verwunderung lese ich in der Berichterstattung über diese Gewalttat den alleinigen Verweis auf den Verein „Toxische Beziehungen überwinden“ am Ende des Artikels. Was hier geschehen ist, geht weit über das hinaus, was in der gängigen Meinung als „toxische Beziehung“ begriffen wird. Was hier beschrieben wird, ist strukturelle Gewalt gegen Frauen, und die Tat ist eindeutig dem Begriff „Femizid“ zuzuordnen. Seit geraumer Zeit weisen Fachstellen, Organisationen und Betroffene darauf hin,

dass Taten wie diese auch dementsprechend benannt werden. In der Region sowie der Stadt Darmstadt gibt es qualifizierte Anlaufstellen. Betroffene und deren Angehörige können sich vertrauensvoll an uns wenden. Sie bekommen eine zeitnahe Beratung von ausgebildeten Fachkräften, die bei akuter Gefährdung auch weitervermitteln. Wir sind als eine der Fachstellen zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ vernetzt und arbeiten erfolgreich mit weiteren Akteur\*innen zusammen, darunter Polizei und

Justiz. Die Schilderung in der FR halte ich in diesem Zusammenhang für nicht sonderlich förderlich. Vielmehr wünsche ich mir eine Berichterstattung, die auf fundierter Basis Betroffene darauf hinweist, dass professionelle Hilfe die Chance bietet, einer Eskalation entgegenzuwirken.

Darüber hinaus vermisse ich den Hinweis auf das bundesweite Hilfetelefon mit Rufnummer 116 016. Dies ist m.E. eine vertane Chance.

Ute Günther, Profamilia, Darmstadt